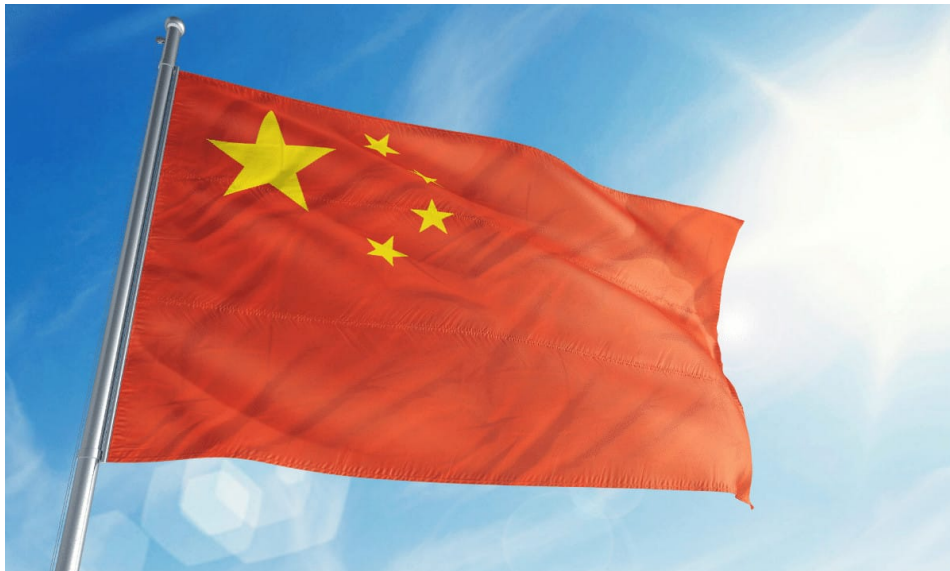


Der Oberste Gerichtshof Chinas klärt den Rahmen für Krypto-Streitigkeiten

Seit September 2021 hat China Kryptowährungstransaktionen verboten und Krypto-Mining-Operationen stark eingeschränkt. Allerdings hat sich das Verbot in der Praxis eher als allgemeine Richtlinie herausgestellt. Seit ihrer Einführung haben chinesische Entscheidungsträger die Kryptosteuerung diskutiert. Darüber hinaus stellte ein Gerichtsverfahren aus dem Jahr 2022 klar, dass Einheimische Kryptowährungen zwar nicht als Währung verwenden dürfen, sie aber dennoch besitzen können als Anlagevermögen. Als Vermögenswert kann es besteuert werden was zu weiteren Überlegungen darüber führt, wie chinesische Gerichte vorgehen sollten, wenn sie mit Klagen im Zusammenhang mit Kryptowährungen konfrontiert werden. Schulden können mit Krypto beglichen werden In einer Erklärung von Mitgliedern des …



Seit September 2021 hat China Kryptowährungstransaktionen

verboten und Krypto-Mining-Operationen stark eingeschränkt.

Allerdings hat sich das Verbot in der Praxis eher als allgemeine Richtlinie herausgestellt. Seit ihrer Einführung haben chinesische Entscheidungsträger die Kryptobesteuerung diskutiert. Darüber hinaus stellte ein Gerichtsverfahren aus dem Jahr 2022 klar, dass Einheimische Kryptowährungen zwar nicht als Währung verwenden dürfen, sie aber dennoch besitzen können als Anlagevermögen.

Als Vermögenswert kann es besteuert werden was zu weiteren Überlegungen darüber führt, wie chinesische Gerichte vorgehen sollten, wenn sie mit Klagen im Zusammenhang mit Kryptowährungen konfrontiert werden.

Schulden können mit Krypto beglichen werden

In einer Erklärung von Mitgliedern des Obersten Gerichtshofs Chinas erklärten politische Entscheidungsträger, dass Schulden bis zu einem nicht genannten Betrag in Kryptowährung beglichen werden können, sofern ein gültiger Vertrag, der die Zahlung solcher Vermögenswerte vorsieht, bereits aktiv war und keine anderen lokalen Gesetze Vorrang haben.

Es wird jedoch noch einmal darauf hingewiesen, dass die zur Begleichung der Schulden verwendeten Kryptowährungen kein gesetzliches Zahlungsmittel sind. Sollte der vorgenannte Vertrag als solcher gelten, werden chinesische Gerichte ihn für ungültig erklären.

Wenn eine Partei virtuelle Währung als reguläres Zahlungsinstrument verwendet, um gesetzliche Zahlungsmittel oder physische Waren unter dem Deckmantel eines Grundgeschäftsvertrags auszutauschen, stellt das Volksgericht fest, dass der Vertrag ungültig ist.

Unter bestimmten Bedingungen haftbare Kryptoplattformen

Vor dem vollständigen Verbot des Kryptohandels im Jahr 2021 hat die chinesische Regierung die Bürger mehrfach vor den Risiken gewarnt, die mit dem Handel mit solchen Vermögenswerten verbunden sind. Obwohl sie damals als anmaßend angesehen wurden, haben die Ereignisse des Jahres 2022 bewiesen, dass diese Warnungen nicht völlig ungerechtfertigt waren.

Chinesische Staatsbürger, die während des Krypto-Winters ihr Vermögen verloren haben, werden laut dem diskutierten Gesetzesentwurf von der Regierung vor Gericht nicht geschützt.

Allerdings werden chinesische Staatsbürger, die vor dem 4. September 2017 dem Datum eines Rechtsdokuments mit dem Titel *Notice on Preventing the Financing Risks of Token Issuance* am Kryptohandel teilgenommen und ihr Vermögen verloren haben, weil Handelsplattformen ihren vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommen gerichtlich vorgehen dürfen.

Das Dokument umreißt ferner, wie chinesische Gerichte Streitigkeiten behandeln sollten, bei denen der Verdacht auf kriminelle Aktivitäten besteht oder an denen Krypto-Mining beteiligt ist. Obwohl der Krypto-Handel in China technisch verboten sein könnte, könnte der anhaltende Fokus auf die Anlageklasse bedeuten, dass das Urteil irgendwann in der Zukunft aufgehoben wird, wenn man bedenkt, dass das Land seine Haltung zu digitalen Vermögenswerten in der Vergangenheit wiederholt geändert hat.

Besuchen Sie uns auf: krypto-news.at